



# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 215

VERBUND / SÜDBOOTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51, Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55, E-Mail-Adresse: fivobla@fivobla.li, Internet-Adresse: www.volksblatt.li  
Telefon Sparte/Redaktion (075) 237 51 71, E-Mail-Adresse: fivobla@fivobla.li, Internet-Adresse: www.volksblatt.li

## DAS WETTER BEI UNS

Teilweise  
sonnig  
max. 21°  
min. 12°

## Heute

Teilweise  
sonnig  
max. 23°  
min. 13°

## Morgen

SMA -  
METEO Schweiz

Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



## JUGEND-EXTRA

### Vorbereitungen laufen

Am Samstag, den 25. September 1999, ab 17 Uhr findet im Camäleon ein Jugendforum statt. Seite 21

## MITTWOCH

### Erleichterte Einbürgerung

VADUZ: Regierungsrat Dr. Heinz Frommelt erklärte am gestrigen Mediengespräch, dass ein Bericht und Antrag der Regierung innerhalb der nächsten Woche dem Landtag zur Bearbeitung überwiesen wird, welcher vorsieht, alleingewesene Ausländer künftig erleichtert einzubürgern. Seite 3

### Vierte Auflage der Liechtensteiner Exkurse

SCHAAN: Vom 27. September bis zum 1. Oktober finden im Haus Stein-Egerta die Vierten Liechtensteiner Exkurse statt, zu denen Norbert Haas, Rainer Nägele und Hans-Jörg Rheinberger eingeladen haben. Seite 4

### 7. Europa-Tage des Denkmals

VADUZ: Am Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. September 1999 werden im Unterland die diesjährigen Europa-Tage des Denkmals durchgeführt. Erstmals seit Einführung der Tage des Denkmals werden alle 47 teilnehmenden europäischen Staaten unter einem übergreifenden Thema miteinander verbunden. Seite 9

### Wessels bewahrte Bayern vor Niederlage



FUSSBALL: Die Angst war gross, doch der 20-jährige Amateur-Goalie Stefan Wessels zeigte in seinem ersten Ernstkampf mit Bayern München eine hervorragende Leistung. Mit tollen Paraden bewahrte er die Münchner vor einer Niederlage bei den Glasgow Rangers, die nach einem Albertz-Tor (22.) bis zur 89. Minute mit 1:0 in Führung lagen. Ein von Santa Cruz abgefälschter Foulfreistoss von Tarnat fand aber in den letzten Spielsekunden den Weg zum 1:1-Ausgleich ins Tor der Schotten. Seite 15

### Prämiensteigerung

BERN: Ab nächstem Jahr werden die Haftpflichtprämien der schweizerischen Motorfahrzeugversicherer steigen. Als Grund geben die Versicherer häufigere Unfälle und die Kostensteigerung im Gesundheitswesen an. Die drei grossen Autohaftpflicht-Versicherer, Winterthur, Zürich und Mobiliar, bestätigten am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur SDA eine entsprechende Meldung, welche in der «Handels-Zeitung» vom Mittwoch erscheinen wird: Bei allen drei Firmen, die sich mehr als die Hälfte des Marktes teilen, sind Prämienaufschläge geplant. Bei der Winterthur werden diese ab Anfang nächsten Jahres bei durchschnittlich vier Prozent liegen. Die Zürich-Versicherung plant ebenfalls per 1. 1. 2000 Aufschläge von durchschnittlich 4,4 Prozent. Die Pressestelle der Mobiliar konnte nur bestätigen, dass auf Mitte nächsten Jahres Prämienaufschläge geplant sind.

# Mit 18 Jahren an die Urne!

Regierung sieht Herabsetzung des Wahl- und Mündigkeitsalters vor

Mit 18 Jahren soll die Liechtensteiner Jugend in Zukunft wahlberechtigt sein. Am gestrigen Mediengespräch erklärte die Regierung, dass sie eine Anpassung an die rechtliche Situation in Europa anstrebe. Erst im Jahr 1992 sagte das Volk in einer Abstimmung diesem Ansinnen ab. Eine erneute Volksabstimmung ist aber nicht vorgesehen.

Peter Kindle

Im Juni 1992 entschied 56 % des Stimmvolks, dass junge Liechtensteiner erst im Alter von 20 Jahren an die Urne gehen sollen. Sieben Jahre später will nun die Regierung das Wahl- und Mündigkeitsalter auf 18 Jahre herabsetzen.

«Überall in Europa werden die Jugendlichen ab 18 Jahren in die Politik miteinbezogen. Einzige Ausnahmen neben Liechtenstein sind noch Island und Österreich, wo das passive Wahlrecht erst mit 19 Jahren gewährt wird. Wir wollen einerseits der europäischen Situation Rechnung tragen, andererseits auch der Jugend mehr Verantwortung zusprechen», betonte Regierungsrat Dr. Heinz Frommelt.

### Situation hat sich verändert

Der Regierungsrat führte aus, dass sich in den letzten Jahren bei der Liechtensteiner Jugend einiges verändert habe. «Die Jugendlichen setzen sich mit der Materie auseinander und auch die soziale Stellung der Jugend hat eine Veränderung erfahren». Mit der Herabsetzung des Wahlalters soll eine bessere Verbindung der Generationen geschaffen werden.



Die Regierung sieht vor, junge Erwachsene ab 18 Jahren an die Urne zu lassen.

(Archivbild)

Das Beben war noch stärker als jenes vor rund einem Monat in der Türkei. Das Innenministerium in Taipeh ging von etwa 2300 Verletzten aus. Letzte Seite

Im Ausland konnte statistisch festgestellt werden, dass bei Jugendlichen die bekannte «Politikverdrossenheit» nicht vorherrscht, denn Erstwähler sind bei Abstimmungen und Wahlen regelmässig überdurchschnittlich vertreten.

### Nicht nur europäische Anpassung

Nicht nur eine europäische Anpassung stand für die Regierung im Mittelpunkt für diese Überlegungen, sondern auch Überlegungen politischer Natur haben nach Überzeugung der Regierung diese Entwicklung begünstigt. Das Problem- und Verantwortungsbewusstsein der jungen Erwachsenen wird besser gefördert, indem weniger auf Bevormundung, sondern vermehrt auf Selbstverantwortung und -verantwortlichkeit gesetzt wird. Gerade der frühere Einbezug von Jugendlichen schafft

Platz für die einer Demokratie würdige Auseinandersetzung zwischen den Generationen und der Diskussion über die Frage der zukünftigen Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Die Mündigkeit mit 18 Jahren wäre kein Novum, denn bereits heute sind Alltagsgeschäfte mit 18 Jahren wahrnehmbar. Auch die Ehemündigkeit, Steuerpflicht und Strafmündigkeit spricht für die getragene Verantwortung der 18-Jährigen.

## Erdbebenkatastrophe in Taiwan

TAIPEH: Taiwan ist in der Nacht auf Dienstag vom schwersten Erdbeben seiner Geschichte erschüttert worden.

Rund 1700 Menschen kamen nach offiziellen Angaben ums Leben, 4000 weitere wurden verletzt. Das

Epizentrum des Bebens, das eine Stärke von 7,6 auf der Richterskala erreichte, lag mitten unter Taiwan. Das Beben war noch stärker als jenes vor rund einem Monat in der Türkei. Das Innenministerium in Taipeh ging von etwa 2300 Verletzten aus. Letzte Seite



Landesweit stürzten beim gestrigen Erdbeben in Taiwan 30 000 Häuser ein.

## Clinton fordert mehr UNO-Einsätze

NEW YORK: US-Präsident Bill Clinton hat in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) ein entschlosseneres Vorgehen der UNO-Mitgliedsstaaten gegen Krankheiten und bewaffnete Konflikte in Entwicklungsländern angemahnt.

Der Präsident bekräftigte zudem, dass er sich für die Zahlung der US-Schulden an die UNO einsetzen werde. Er wolle sich beim US-Kongress dafür einsetzen, dass die USA ihre Schulden bei der Weltorganisation bezahlen, versprach Clinton.

Die USA stehen nach UNO-Berechnungen mittlerweile mit 1,7 Milliarden Dollar in der Kreide. Werden nicht bis zum Jahresende zumindest 350 Millionen Dollar gezahlt, verliert der grösste Beitragszahler sein Stimmrecht in der Vollversammlung. Das Votum der USA im UNO-Sicherheitsrat ist davon aber nicht betroffen.

US-Präsident Bill Clinton und Russlands Aussenminister Igor Iwanow haben gegensätzliche Standpunkte zu den Nato-Luftangriffen

auf Jugoslawien vertreten. Clinton rechtfertigte den Einsatz. Die Luftangriffe seien einem «klaren Konsens» gefolgt, der auf mehrere Resolutionen des Sicherheitsrats zurückgegangen sei.

Iwanow dagegen forderte nachdrücklich, dass internationale Zwangsmassnahmen nur in Übereinstimmung mit der UNO-Charta und nach Beschlüssen des Sicherheitsrats ergriffen werden dürfen.

Iwanow rief die Staatengemeinschaft auf, sich gegen jede Form gewaltsamer Unabhängigkeitsbestrebungen zu stellen. In der russischen Kaukasusrepublik Dagestan kämpften russische Soldaten gegen Moslemrebellin, die dort einen islamischen Staat ausgerufen hatten. Angesichts der Vertreibung und Ermordung ganzer Völker auf der Welt trage die UNO grosse Verantwortung dafür, weitere Gewalt wie in Kosovo und Osttimor zu verhindern, betonte der US-Präsident. Zugleich warnte er davor, mehr zu versprechen, als eingehalten werden könne.